

Niederschrift

**über die in der 05. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales
am 24.02.2016 im Prinz-Moritz-Saal des Kreishauses in Kleve (Raum E.159) gefassten Be-
schlüsse**

Beginn der öffentlichen Sitzung : 16:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung : 17:00 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung : 17:00 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung : 17:05 Uhr

anwesend sind

Schreiber, Adolf	Goch
Poell, Peter	Goch
Schmidt, Gabriele	Kleve
Kersten, Gertrud	Kranenburg
Hohl, Peter	Kevelaer
Dr. Krebber, Klaus	Emmerich am Rhein
Mulder, Andy	Kleve
Kerkenhoff, David	Kalkar
Gorißen, Dietmar	Kleve
Hallmann, Verena	Geldern
Habicht, Kai	Kerken
Looschelders, Herbert	Kleve
Höhn, Birgit	Emmerich am Rhein
Kreutzmann, Andrea	Geldern
Engler, Gerd	Goch
Brandt, Klaus	Bedburg-Hau
Rupp, Thorsten	Emmerich am Rhein

entschuldigt sind

Killewald, Norbert
Heinricks, Michael

anwesend sind von der Verwaltung

Landrat Wolfgang Spreen
Günter Franik
Andrea Schwan

als Schriftführer/in

Stefanie Thyssen

- - - - -

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit und Soziales. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugegangen und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Herr Engler merkt zur Tagesordnung an, dass der Tagesordnungspunkt 4 zum Projekt "Kostenfreie Wohnberatung vor Ort" durch die Verwaltung lediglich zur Kenntnis- und nicht zur Beschlussnahme eingebracht wurde und unklar sei, inwieweit über das Projekt durch den Ausschuss in der heutigen Sitzung beraten werde.

Landrat führt aus, dass durch die Verwaltung kein Beschlussvorschlag gefasst wurde. Auf eine Beratung hinsichtlich der Haushaltsposition werde verzichtet, wenngleich seitens der Verwaltung davon ausgegangen wird, dass im Rahmen des Tagesordnungspunktes 4 über das Projekt "Kostenfreie Wohnberatung vor Ort" sehr wohl inhaltlich beraten werde.

Herr Engler erklärt seine Befangenheit zu Tagesordnungspunkt 4.

Öffentliche Sitzung

1. Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II
Bericht über den aktuellen Sachstand
2. Tätigkeitsbericht der örtlichen Fürsorgestelle des Kreises Kleve für Menschen mit Behinderung für das Jahr 2015
3. Tätigkeitsbericht der Überwachungsbehörde nach § 14 Abs. 11 WTG für das Jahr 2015
4. Förderung der mobilen Wohnberatung
Bericht und Evaluation zum Projekt "Kostenfreie Wohnberatung vor Ort"
5. Forum für Seniorinnen und Senioren des Kreises Kleve
Bericht aus der letzten Sitzung
6. Anfragen
7. Mitteilungen

Nichtöffentliche Sitzung

8. Anfragen
9. Mitteilungen

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:	Vorlage Nr. 376 /WP14
Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II Bericht über den aktuellen Sachstand	

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nimmt Herr Looschelders Stellung und verweist auf den Armutsbericht 2016 des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Der Bericht belege einen Anstieg der Armut in den Bundesländern Bayern und Nordrhein-Westfalen. Die Quote der altersarmen Rentnerinnen und Rentner sei so stark angewachsen, wie bei keiner anderen Bevölkerungsgruppe. Diesem Thema solle man sich daher stärker widmen. Neben einem Bericht über den aktuellen Sachstand für den Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II erscheine auch ein entsprechender Bericht für den Rechtskreis SGB XII sinnvoll. Die Finanzierung der Grundsicherung nach dem SGB XII erfolge zwar durch den Bund, dennoch sei die Gewährung der Hilfe kommunal organisiert und nicht zu vernachlässigen.

Für die SPD-Kreistagsfraktion dankt Herr Engler zunächst für den ausführlichen Sachstandsbericht. Er merkt an, dass man sich vor dem Hintergrund der Migrationsbewegung auch die Frage stellen müsse, welche Zugangsmöglichkeiten und -bedingungen zum Arbeitsmarkt für syrische Asylbewerber und geflüchtete Menschen bestehen. Daher fragt er an, inwieweit es seitens der Verwaltung bereits konkrete Pläne und Ideen gebe, wie mit dieser Thematik umgegangen werden könne.

Des Weiteren habe die Ankündigung einer Überprüfung der Mietobergrenzen für den Kreis Kleve für große Unsicherheit gesorgt. Auch wenn die Analyse derzeit noch nicht abgeschlossen sei, bittet er um eine Einschätzung seitens der Verwaltung.

Frau Schwan erläutert, dass sich die Verwaltung hinsichtlich der Erhebung und Abstimmung der Fahlzahlen und Daten bezogen auf die Situation der Flüchtlinge im Kreis Kleve im regelmäßigen Austausch mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Nach dortiger Erhebung sind derzeit noch 1.142 Asylverfahren anhängig, die Personen betreffen, die dem Kreis Kleve zugewiesen wurden. Damit sind allerdings noch nicht die Asylsuchenden berücksichtigt, deren Asylbegehren noch nicht aufgenommen wurde. Die überwiegende Zahl der Asylsuchenden sind im Kreis Kleve noch nicht im Leistungssystem des SGB II angekommen. Den Flüchtlingen sei es ebenfalls möglich, alle Instrumente und Förderprogramme zur Vermittlung in den Arbeitsmarkt in Anspruch zu nehmen. Eines der wichtigsten Instrumente für diese Menschen sei eine Sprachförderung. Diesbezüglich befinde sich die Verwaltung im Austausch mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, welches derartige Kurse organisiert.

Herr Looschelders merkt an, dass der Bestand an Langzeitleistungsbeziehern um 3 % gestiegen und diese Tatsache sehr bedauerlich sei. Es stelle eine besondere Herausforderung dar, auch diese Zielgruppe in den Arbeitsmarkt zu vermitteln. Er fragt an, wie diesem Personenkreis dauerhaft Rechnung getragen werde und welche Maßnahmen zur Vorbereitung der Vermittlung dieser Personen in eine versicherungspflichtige Beschäftigung oder Ausbildung angedacht seien.

Frau Schwan erläutert, dass das Jobcenter Kreis Kleve vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales ausgewählt worden sei, das Modellprojekt „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ durchzuführen. Im Rahmen des Projektes „be PART of it“ werden 43 zusätzliche, gemeinnützige und wettbewerbsneutrale Arbeitsplätze eingerichtet. 26 Arbeitsstellen seien derzeit bereits bewilligungsfähig.

Der Vorsitzende regt an, in die nächste Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales einen Bericht über das Projekt einzubringen.

Hinsichtlich der Überprüfung der Mietobergrenzen für den Kreis Kleve erklärt Frau Schwan, dass die Firma empirica AG mit der Herleitung von Mietobergrenzen für angemessene Kosten der Unterkunft nach einem schlüssigen Konzept im Kreis Kleve beauftragt wurde und voraussichtlich

Ende März eine erste Einschätzung hierzu möglich sei. Aufgrund der stetig fortschreitenden Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt sowie in der gerichtlichen Entscheidungspraxis seien Änderungen bzgl. der Mietobergrenzen durchaus wahrscheinlich, eine zuverlässige Aussage hierzu könne jedoch erst abgegeben werden, wenn die Daten der Erhebung vorliegen.

Frau Kreuzmann verweist darauf, dass von den gemeldeten Ausbildungsstellen noch 217 Stellen unbesetzt seien. Sie fragt an, aus welchen Bereichen diese Ausbildungsstellen sind.

Frau Schwan weist darauf hin, dass es sich um einen Datenbestand aus August 2015 handle und der Ausbildungsbeginn oftmals auch noch in den September falle, sodass nach der Erhebung der Daten noch Ausbildungsstellen besetzt worden seien. Außerdem werde jährlich ab Oktober ein Nachvermittlungsprozess durchgeführt, bei welchem weitere Ausbildungsstellen mit Jugendlichen besetzt würden, die bis dato noch nicht versorgt waren. Ein solcher Nachvermittlungsprozess habe auch in 2015 stattgefunden.

Herr Looschelders fragt an, ob seitens der Verwaltung eine Einschätzung dahingehend erfolgen könne, ob aufgrund der Erhebung der Firma empirica AG mit einer Veränderung der Mietobergrenzen im Kreis nach oben oder unten zu rechnen sei.

Herr Franik erklärt, dass vor dem Abschluss der Erhebung keine verlässliche Aussage hierzu getroffen werden könne und von Spekulationen hinsichtlich der künftigen Preisentwicklung abgesehen werde.

Herr Rupp merkt an, dass insgesamt eine positive Entwicklung hinsichtlich der Vermittlungszahlen zu verzeichnen sei. Erfreulich sei vor allem, dass mehr Vermittlungen in Beschäftigungsverhältnisse in Vollzeit als in Teilzeit erfolgen konnten. Er fragt an, ob der Verwaltung konkrete Erkenntnisse vorlägen, dass sich diese Entwicklung auf eigene Anstrengungen des Kreises Kleve begründet. Der Kreis Kleve habe sich in der Vergangenheit bereits an einer Vielzahl von Projekten des Bundes beteiligt, welche erfreulicherweise auch erfolgreich abgeschlossen worden seien. Er gibt allerdings zu bedenken, dass die Projekte nach Ablauf der finanziellen Förderung oftmals beendet und Projektinhalte in das Regelgeschäft überführt worden seien. Herr Rupp regt an, mehr Anstrengungen dahingehend zu unternehmen, derartige Projekte fortzuführen.

Herr Franik führt aus, dass ein wesentliches Merkmal solcher Projekte die zusätzliche Finanzierung sei, um für einen begrenzten Zeitraum intensivere Leistungen für bestimmte Zielgruppen zu erbringen. Es sei nicht finanzierbar, eine solch intensive Betreuung für alle diese Personen dauerhaft aus dem Regelbudget durchzuführen. Daher erfolge eine Abwägung hinsichtlich einer gleichmäßigen und bestmöglichen Förderung aller Zielgruppen.

Herr Poell führt zu den unbesetzten Ausbildungsstellen aus, dass es nach Auskunft der Handwerkskammer Düsseldorf weiterhin problematisch sei, Ausbildungsstellen aus dem Handwerksbereich zu besetzen. Herr Poell fragt an, inwieweit durch weitere Anstrengungen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden könnten, den Asylbewerbern den Zugang zu diesen Ausbildungsstellen zu ermöglichen.

Frau Schwan erläutert, dass die Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer sowie der Industrie- und Handelskammer im Rahmen der Nachvermittlung ausgeweitet worden sei. Die Ausbildungsstellen seien für Flüchtlinge und Migranten in gleicher Weise zugänglich.

Herr Habicht betrachtet die Entwicklung ebenfalls als grundsätzlich positiv. Er gibt allerdings zu bedenken, dass durch das Jobcenter Kreis Kleve eine Zielvereinbarung für das Jahr 2015 u.a. mit dem Ziel abgeschlossen wurde, die Integrationsquote kreisweit um 5,5% im Vergleich zum Vorjahr zu steigern, diese Quote jedoch in der Vergangenheit um nicht einmal 1% gesteigert werden konnte. Herr Habicht fragt an, durch welche konkreten Änderungen dieses Ziel erreicht werden soll. Des Weiteren sei der Wert der Stadt Kleve von 17,89% durchaus alarmierend. Obwohl der Bestand an Langzeitleistungsbezieher um 3% gestiegen ist, wurde ebenfalls positiv zur Kenntnis ge-

nommen, dass mehr Vermittlungen in Beschäftigungsverhältnisse in Vollzeit als in Teilzeit erfolgen konnten. Herr Habicht fragt an, inwiefern hinsichtlich der Arbeitsvermittlung zwischen Asylsuchenden und anerkannten Flüchtlingen unterschieden werde. Die positive Prognose für 2016 werde bezweifelt. Es stelle sich vielmehr die Frage, wie mit der Problematik umgegangen werde, dass erfahrungsgemäß ca. 90% dieser Personengruppe gar nicht im Arbeitsmarkt ankämen.

Herr Franik weist darauf hin, dass sich die Steigerung der Integrationsquote um 5,5% auf das Jahr 2015 beziehe und das Ziel eine Steigerung um 5 Prozent und nicht um 5 Prozentpunkte sei, sodass die angestrebte Steigerung wohl nicht so hoch sei, wie der erste Blick vermuten ließe. Die Statistik werde im Mai 2016 vorliegen, sodass auch erst dann eine konkrete Aussage hinsichtlich der Erreichung der Ziele getroffen werden könne.

Frau Schwan erklärt, dass es hinsichtlich der Unterscheidung zwischen Asylsuchenden und anerkannten Flüchtlingen differente Zuständigkeiten gebe. Asylbewerber werden zunächst durch die Bundesagentur für Arbeit begleitet und betreut. Im Falle einer Anerkennung als Asylberechtigter wechselt die Zuständigkeit sowohl für die Leistungsgewährung als auch für die Arbeitsvermittlung zum Jobcenter. Bzgl. der Überführung von der Bundesagentur für Arbeit zum Jobcenter werden derzeit entsprechende Netzwerke aufgebaut, um einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:	Vorlage Nr. 378 /WP14
Tätigkeitsbericht der örtlichen Fürsorgestelle des Kreises Kleve für Menschen mit Behinderung für das Jahr 2015	

Herr Engler führt für die SPD-Kreistagsfraktion aus, dass der stabile Rückgang der Anzahl der Kündigungsverfahren im Kreis Kleve positiv zur Kenntnis genommen wurde. Aufgefallen sei jedoch der Anstieg der verhaltensbedingten Kündigungen. Herr Engler fragt an, welche Verstöße sich konkret hinter dieser Zahl verbergen.

Herr Franik erläutert, dass man nach dem Kündigungsschutzgesetz grundsätzlich zwischen verhaltens-, personen- und betriebsbedingten Kündigungen unterscheide. Im Wesentlichen werde der Arbeitnehmer im Falle einer verhaltensbedingten Kündigung deshalb gekündigt, weil sein Verhalten beanstandet wurde und das dem Arbeitnehmer vorgeworfene Verhalten eine Vertragspflicht verletzt.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nimmt Herr Looschelders Stellung und erläutert, dass insgesamt eine positive Entwicklung zu verzeichnen sei, jedoch aufgefallen sei, dass die finanziellen Leistungen der örtlichen Fürsorgestelle sich auf nur wenige Arbeitgeber verteilen und die Beträge dementsprechend hoch seien. Es stelle sich die Frage, ob nicht auch andere, vor allem kleinere Arbeitgeber, eine solche Förderung erhalten sollten.

Herr Franik führt aus, dass bisher noch kein Antrag auf eine Förderung aufgrund fehlender finanzieller Mittel abgelehnt wurde. Die durch den Landschaftsverband zugewiesenen Mittel seien ausreichend und bei Bedarf wurden in der Vergangenheit zudem ergänzende Mittel gewährt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:	Vorlage Nr. 377 /WP14
Tätigkeitsbericht der Überwachungsbehörde nach § 14 Abs. 11 WTG für das Jahr 2015	

Durch Herrn Looschelders wird hervorgehoben, dass im Berichtszeitraum lediglich eine Beschwerde an die zuständige Behörde herangetragen wurde. Auffallend sei, dass im Rahmen der Überprüfungen der Einrichtungen kleinere Mängel vor Ort nach Beratungen und Empfehlungen ausgeräumt wurden, sodass die Einleitung eines förmlichen Verfahrens nach dem WTG entfallen konnte. Herr Looschelders fragt an, ob auch hinsichtlich der Beschwerden die Möglichkeit einer Einigung bestünde, sodass diese Beschwerden dann nicht mehr in die Statistik einfließen oder worauf die Harmonie zwischen Überwachungsbehörde und Einrichtungsleitung ansonsten zurückzuführen ist.

Herr Franik erklärt, dass keine verlässliche Aussage dazu erfolgen könne, worauf die geringe Anzahl der Beschwerden zurückzuführen ist. Tatsache sei jedoch, dass alle Eingänge von Beschwerden auch statistisch gezählt würden. Eine Bereinigung finde nicht statt.

Herr Engler führt für die SPD-Kreistagsfraktion aus, dass der Bericht positiv zur Kenntnis genommen wurde.

Herr Habicht nimmt ebenfalls Bezug darauf, dass im Rahmen der Überprüfungen der Einrichtungen kleinere Mängel vor Ort nach Beratungen und Empfehlungen ausgeräumt werden und fragt an, um welche Art von Mängeln es sich hierbei handelt. Eine Information solle der Niederschrift beigefügt werden. *(Anmerkung außerhalb der Niederschrift: Bei den kleineren Mängeln, welche vor Ort nach Beratungen und Empfehlungen ausgeräumt werden, handelt es sich überwiegend um Dokumentationsmängel, beispielsweise bezüglich der Medikamentenversorgung oder der Umsetzung von Zielen aus den vereinbarten Hilfeplänen.)*

Herr Poell führt für die CDU Kreistagsfraktion aus, dass es sehr begrüßenswert sei, dass kleinere Mängel auf diesem Wege ausgeräumt würden und es eine derartige Zusammenarbeit zwischen Überwachungsbehörde und den Einrichtungen gebe. Der Qualitätsstandard der Einrichtungen sei sichergestellt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:	Vorlage Nr. 379 /WP14
Förderung der mobilen Wohnberatung Bericht und Evaluation zum Projekt "Kostenfreie Wohnberatung vor Ort"	

Für die CDU-Kreistagsfraktion nimmt Herr Poell Stellung und bedankt sich zunächst für den Sachstandbericht zum Projekt "Kostenfreie Wohnberatung vor Ort". Die Beratung hinsichtlich der Haushaltsposition sei Thema der nächsten Kreisausschusssitzung, sodass im Rahmen dieser Sitzung lediglich inhaltlich über das Projekt beraten werde. Nach Abschluss der aktiven Projektphase sind durchaus erfolgreiche Zahlen zu verzeichnen, weshalb das Projekt verlängert werden sollte und ein entsprechender Antrag bereits gestellt worden sei. Der Umstand, dass die bereitgestellten Mittel nicht vollständig ausgeschöpft worden seien, lasse keinesfalls darauf schließen, dass diese Mittel entbehrlich seien. Das Projekt sei auch im Forum für Seniorinnen und Senioren auf Zustimmung gestoßen. Es sei wichtig, dass auch künftig sichergestellt werde, dass Personen, die eine kostenfreie Wohnberatung anfragen, diese auch erhalten. Die CDU-Kreistagsfraktion sei daher für die Weiterführung des Projektes.

Herr Brandt führt für die SPD-Kreistagsfraktion aus, dass es vor allem entscheidend sei, dass den Vorschlägen zur Ausweitung des Projektes Rechnung getragen werde, sodass das Projekt weitergeführt und die Zahl der Anmeldungen deutlich gesteigert werden könne.

Herr Rupp merkt an, dass es sich im Falle einer Verlängerung nicht mehr um ein Pilotprojekt handle sondern bei einer Weiterführung eine Ernennung zum Projekt angezeigt sei. Die SPD-Kreistagsfraktion sei ebenfalls für eine kostenfreie Wohnberatung, habe allerdings in der Vergangenheit ein anderes Modell vorgeschlagen. Hervorzuheben sei, dass vor allem die Gespräche, bei denen ein Architekt teilgenommen hätte, positiv bewertet worden seien. Bei dem durch die SPD-Kreistagsfraktion empfohlenen Modell zur kostenfreien Wohnberatung wäre die Teilnahme eines Architekten standardmäßig gewesen. Herr Rupp regt angesichts der tatsächlich für das Projekt verwendeten Mittel, nämlich insgesamt 12.150 €, an, dass der Mittelansatz im Haushalt entsprechend angepasst wird und nicht mehr 100.000 € sondern 15.000 € für das Projekt bereitgestellt werden.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nimmt Herr Looschelders Stellung und erläutert, dass es sehr erfreulich sei, dass das Projekt von den Bürgerinnen und Bürgern des Kreises Kleve in Anspruch genommen wird. Es sei schließlich auch Ziel des Projektes die Folgekosten zu senken und die Bürgerinnen und Bürgern insoweit zu verselbstständigen, als dass sie ihren Bedürfnissen eigenständig nachgehen können.

Herr Gorißen erklärt, dass es seiner Meinung nach sinnvoll erscheint, das Projekt noch 2 Jahre weiterzuführen und dann eine Betrachtung der Ergebnisse durchzuführen. Seitens der FDP-Kreistagsfraktion werde der Weiterführung des Projektes jedenfalls zugestimmt.

Herr Habicht gibt an, auch er befürworte das Projekt, halte es im Hinblick auf die tatsächlich verausgabten Mittel und die allgemein angespannte Haushaltslage jedoch ebenfalls für sinnvoll, den Haushaltsansatz herabzusetzen, und zwar auf etwa 16.000 bis 18.000 €.

Herr Rupp führt aus, dass, sobald das Ergebnis der Evaluierung vorliege, über eine Anpassung der Qualitätsstandards der Beratungsdienstleistungen beraten und ggf. nachjustiert werde, sodass sich für die Träger einheitliche Verpflichtungen ergeben. Aufschluss werden die Berichte in künftigen Sitzungen geben.

Der Vorsitzende erklärt, dass auch drei Kreistagsmitglieder an den Sitzungen des Forums für Seniorinnen und Senioren teilnehmen und bzgl. des dort gehaltenen Vortrags über das Projekt "Kostenfreie Wohnberatung vor Ort" positive Rückmeldungen erfolgt seien.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:	Vorlage Nr. 380 /WP14
Forum für Seniorinnen und Senioren des Kreises Kleve Bericht aus der letzten Sitzung	

Herr Habicht fragt an, ob es aus der letzten Sitzung des Forums für Seniorinnen und Senioren des Kreises Kleve etwas Wichtiges zu berichten gäbe.

Der Vorsitzende verneint dies.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:	
Anfragen	

Herr Rupp fragt an, wann der Ausschuss für Gesundheit und Soziales über die Pflegebedarfsplanung beraten wird und welche konkreten Projekte und Maßnahmen der Landrat in dem Themenfeld Gesundheit in 2016 plane.

Landrat erklärt, dass hierzu derzeit keine Auskunft erteilt werden könne und zu gegebener Zeit ein Austausch im Rahmen der Pflege- und Gesundheitskonferenz des Kreises Kleve stattfinde.

Herr Franik führt aus, dass die aktuelle Pflegebedarfsplanung derzeit noch nicht vorliege.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:	
Mitteilungen	

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Stefanie Thyssen
(Schriftführer/in)

Schreiber, Adolf
(Vorsitzende/r)